



© Simone-Sultana

Andrew Feinstein

Andrew Feinstein, geboren 1964 in Kapstadt, studierte Politikwissenschaft in Cambridge/Großbritannien, Berkeley/Kalifornien und Kapstadt. Nach den ersten demokratischen Wahlen in Südafrika 1994 wurde er als Abgeordneter der Regierungspartei ANC Mitglied des Parlaments seines Landes. Als Zeichen seines Protestes gegen die Weigerung des ANC, einen Fünf-Milliarden-Pfund-Waffendeal untersuchen zu lassen, dem Korruption in großem Stil nachgesagt wurde, legte er 2001 sein Mandat nieder und zog nach London, wo er seither als Journalist und Buchautor lebt. Er ist Vorsitzender der Aids-Hilfsorganisation Friends of Treatment Action Campaign und Vizedirektor der Organisation Corruption Watch. 2007 publizierte er unter dem Titel "After the Party: A Personal and Political Journey Inside the ANC" seine politischen Memoiren.

Kontakt Andrew Feinstein
c/o Hoffmann und Campe Verlag
Harvestehuder Weg 42
20149 Hamburg
Deutschland

Der Waffenhandel zerfrisst unsere Demokratien

Adelbert Reif im Gespräch mit Andrew Feinstein

Rüstungsgeschäfte finden im Verborgenen statt. Selbst wenn Regierungen daran beteiligt sind, erfährt die Öffentlichkeit nichts davon. „Waffenhandel erfolgt in geheimem Einverständnis von Staats- und Regierungschefs, Geheimdienstleuten, führenden Industrieunternehmen mit ihrer Spitzentechnologie, Geldgebern und Banken, Lieferanten, Mittelsmännern, Geldwäschern und gewöhnlichen Kriminellen“, schreibt Andrew Feinstein in seinem soeben erschienenen Buch „Waffenhandel. Das globale Geschäft mit dem Tod“ (Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2012). Als ANC-Abgeordneter im südafrikanischen Parlament wirkte er maßgeblich an der Untersuchung von Waffengeschäften seiner Regierung mit und stieß dabei nicht nur auf unnötige Waffenkäufe, sondern auch auf gigantische Schmiergeldzahlungen. In seinem Buch analysiert er den internationalen Waffenhandel, der in den vergangenen fünf Jahren trotz Wirtschaftskrise um fast ein Viertel zunahm.

conturen: Mister Feinstein, worauf führen Sie es zurück, dass nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, durch den das militärische Wettrüsten hätte überflüssig werden müssen, neue Aufrüstungsprogramme in Angriff genommen wurden – und zwar schon vor dem 11. September 2001 und dem Beginn des „Krieges gegen den Terror“?

Andrew Feinstein: Einer der wesentlichen Gründe liegt in den Vereinigten Staaten. In den sechziger und siebziger Jahren waren sie wahrscheinlich der korrupteste Waffenexporteur. Die amerikanischen Rüstungsunternehmen Lockheed Martin, Northrop Grumman und Boeing waren in eine Vielzahl an Korruptionsfällen rund um die Welt verstrickt. Sie setzten die seltsamsten Personen als Agenten ein. Das Spektrum reicht vom Anführer einer Verbrecherbande in Japan bis zu Prinz Bernhard der Niederlande. Als 1977 der Foreign Corrupt Practices Act verabschiedet wurde, der die Bestechung ausländischer Amtspersonen unter Strafe stellte, wurde es für die amerikanischen Rüstungsunternehmen

Korrupte USA

schwieriger, ihre aggressiven Verkaufsmethoden im Ausland fortzusetzen.

**Verdunkelung
zwischen
Pentagon,
Rüstungsfirmen,
Kongress und
Weißem Haus**

So wurde der heimische Markt zum wichtigsten Absatzplatz für Waffen. Und was sich auf diesem Markt abspielt, ist wirklich ein Prozess der Verdunkelung zwischen dem Pentagon, den Rüstungsunternehmen und dem Kongress sowie dem Weißen Haus. 84 Prozent der Beamten und Generäle des Pentagon, die 2010 in den Ruhestand gingen, waren anschließend für große Rüstungsunternehmen tätig und zwar in der Regel für die, denen sie zuvor im Laufe ihrer Karriere große Aufträge erteilt hatten. Sie verdienen in diesen Unternehmen vier- bis fünf- oder sogar sechsmal so viel wie im Pentagon.

**Waffenfirmen
finanzieren
Wahlkampf**

Außerdem finanzieren die Rüstungsunternehmen Wahlkämpfe. Jahrzehntlang brachten sie die meisten Finanzmittel für Politiker auf. Erst im Zuge der Wirtschaftskrise änderte sich das. Ab da waren es die Finanzdienstleister, die die Wahlkämpfe hauptsächlich finanzierten. Kongressmitglieder, gewählte Vertreter und das Weiße Haus wiederum können argumentieren, dass sie für ihre Wähler Arbeitsplätze schaffen. Jeder Teilnehmer an diesem Kreis von Verdunkelung profitiert von der Herstellung immer teurerer Waffensysteme. Im Interesse der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten liegt die Vorgehensweise allerdings nicht.

conturen: Also ein Rüsten um des Rüstens willen, ohne auch nur einen vorgeblichen Nutzen für das Land und seine Bewohner?

**Rolle des Kampf-
flugzeuges F-35**

Andrew Feinstein: Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Amerikanische Rüstungsunternehmen entwickelten mit einem Kostenaufwand von etwa 380 Milliarden Dollar das Kampfflugzeug F-35. Luftfahrtexperten bescheinigen diesem Flugzeug einen gewissen Nutzen, wenn die Vereinigten Staaten sich immer noch im Kalten Krieg befänden. Für die Art von Konflikten aber, in denen sie gegenwärtig engagiert seien und nach Einschätzung der Geheimdienste mindestens in den nächsten zwei bis drei Generationen sein würden, sei dieses Flugzeug von absolut keinem Nutzen. Dennoch wurde es gebaut und zwar deshalb, weil alle Teilnehmer an dem Geschäft viel zu viel zu verlieren gehabt hätten, wenn der Auftrag storniert worden wäre. Dass so viel Geld für dieses Flugzeug ausgegeben wurde, soviel Zeit und Ressourcen für seinen Bau in Anspruch genommen wurden, bedeutet, dass die Mittel bei anderen wichtigen Vorhaben fehlen.

Ein weiteres Beispiel ist die amerikanische Küstenwache: Unmittelbar nach dem 11. September 2001 wurde sie als Schwachstelle der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten identifiziert und es wurde ein 17-Milliarden-Dollar-Projekt in Angriff genommen, um sie mit neuen Schiffen, Hubschraubern, Flugzeugen und anderen Ausrüstungen auszustatten. Der Auftrag ging an Lockheed Martin. Die Abwicklung des Vertrags wurde ebenfalls einem privaten Unternehmen übertragen. Damit hatte die Öffentlichkeit überhaupt keinen Einblick in den Vertrag. Zehn Jahre nach Erteilung des Auftrags war noch kein einziges Schiff gebaut. Ein Schiff, das man zu bauen versucht hatte, sank, als man es ins Wasser setzte, weil ein technisches Problem mit dem Rumpf auftrat. Schließlich sollte der Kongress entscheiden, ob man den Vertrag mit Lockheed Martin aufrecht erhalten wolle, nachdem man das Unternehmen zehn Jahre lang gemästet hatte, oder ob man ein anderes Unternehmen beauftragen wolle. Lockheed Martin behielt den Auftrag. Und die amerikanische Küstenwache befindet sich immer noch in demselben schlechten Zustand wie 2001.

conturen: Geht die Korruption so weit, dass die Rüstungskonzerne auch die amerikanische Außenpolitik und damit Entscheidungen hinsichtlich kriegerischer Aktivitäten beeinflussen?

Andrew Feinstein: Zweifellos üben Rüstungsunternehmen Einfluss auf die amerikanische Außenpolitik aus. Zwei ehemalige Geschäftsführer von Lockheed Martin unterhielten einen Think Tank, der die amerikanische Politik dahingehend beeinflusste, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu privatisieren und Konflikte kriegerisch anzugehen, was Lockheed Martin große Vorteile brachte.

Auch die Osterweiterung der Nato, die 1999 begann, war von hochrangigen Mitarbeitern des Konzerns initiiert und vorangetrieben worden. Der Vorteil der Nato-Erweiterung lag für Lockheed Martin darin, dass damit auch der Markt für Rüstungsgüter erweitert wurde. Denn jetzt gab es mehr Länder, die Waffen kaufen durften. In der Tat war mit der Aufnahme in die Nato die Forderung verbunden, die Waffensysteme auf den neuesten Stand zu bringen. Das heißt, die neuen Mitgliedsstaaten mussten Waffen kaufen. Für Lockheed Martin und die anderen Rüstungsunternehmen war das eine unerhört gewinnreiche Zeit.

2003 erfolgte schließlich der Einmarsch in den Irak. Auch dabei hatte Lockheed Martin seine Finger im Spiel. Bruce Jackson, bis

***Desaster bei der
US-Küstenwache***

***NATO-Erweiterung war Markt-
Erweiterung***

***Der Einmarsch
in den IRAK***

2002 Vizepräsident für Strategie und Planung bei Lockheed Martin, stand einer Organisation vor, die sich Committee for the Liberation of Iraq nannte und deren einziges Ziel es war, die amerikanische Regierung zum Einmarsch in den Irak zu bewegen. Die amerikanischen Rüstungsunternehmen verdienten Milliarden am Irakkrieg.

conturen: Würden Sie sagen, dass hinter den amerikanischen Aufrüstungsprogrammen nicht sicherheitspolitische, sondern ausschließlich wirtschaftliche Interessen stehen?

Andrew Feinstein: Die amerikanische Wirtschaftspolitik steht stark unter dem Einfluss dessen, was Eisenhower als den militärisch-industriellen Komplex beschrieb. Unter Präsident Barak Obama sind die Verteidigungsausgaben im Vergleich zur Präsidentschaft von George W. Bush sogar noch gestiegen. Im Jahr 2010, mitten in der Wirtschaftskrise, gaben die Vereinigten Staaten über eine Billion Dollar für ihre nationale Sicherheit aus. Nutznießer dieser Ausgaben schufen eine dermaßen furchtsame Gesellschaft, dass alle nur von der Bedrohung der Vereinigten Staaten reden. Ich erinnere mich an einen Film, der einen ehemaligen Mitarbeiter des amerikanischen Verteidigungsministeriums bei einem christlichen Frühstückstreffen im Mittleren Westen der Vereinigten Staaten zeigte. Der Mann redete von der Bedrohung durch den Islam und verwendete dabei apokalyptische Begriffe. Binahe in Tränen sagte er: ‚Und wenn sie kommen, kommen sie zuerst wegen unserer Kinder.‘ Also hätten die Amerikaner ein verfassungsmäßiges Recht, Waffen zu tragen und eine von Gott gegebene Verantwortung, ihre Kinder zu schützen. Einen solchen Auftritt habe ich seit den Zeiten der Apartheid, als ich in Südafrika die Schule besuchte, nicht mehr erlebt. Damals kamen Mitglieder der Apartheid-Regierung in die Schulen und erzählten uns auch, hinter jedem Busch an der Grenze zu Angola lauere ein Kommunist.

Aktionen dieser Art schüren die Hysterie in der Gesellschaft. Sie führen dazu, dass die Rüstungsausgaben nicht infrage gestellt werden. Eine Billion Dollar wird für Rüstungsgüter aufgewendet, die die Sicherheit des Landes nicht verbessern, während Millionen Amerikaner ihr Heim verlieren und nicht genügend Geld haben, sich ausreichend zu ernähren. Diese Waffengeschäfte verursachen nicht nur riesige ökonomische und politische Kosten, sondern unterminieren unsere Demokratien.

**Eisenhower:
„Militärisch-
industrieller
Komplex“**

**Obama steigerte
Rüstungs-
ausgaben**

**Bedrohung durch
den Islam**

**Ungleich-
gewichte**

conturen: Die Warnung vor einer militärisch-industriellen Verschwörung gab Eisenhower während des Kalten Krieges aus. Arbeiten Rüstungsindustrie und Politik heute genauso eng zusammen wie während des Kalten Krieges?

Andrew Feinstein: Ja und zwar seit dem „Krieg gegen den Terror“. Es hat mich überrascht, wie viele Länder behaupteten, einen „Krieg gegen den Terror“ zu führen, als Präsident Bush diesen Begriff prägte. Israel zum Beispiel vermarktet seine Waffen rund um die Welt und betont dabei, seit dem ersten Tag seiner Existenz einen „Krieg gegen den Terror“ zu führen. Sogar während des arabischen Frühlings beschrieb die königliche Familie in Bahrain ihre von Saudi-Arabien unterstützten Aktionen gegen die demokratischen Proteste als ein Niederschlagen terroristischer Kräfte. Sie würden ihren eigenen „Krieg gegen den Terror“ führen, erklärten sie.

Der Begriff vom Krieg gegen den Terror eröffnet nicht nur den Vereinigten Staaten, sondern auch anderen Ländern einen viel größeren Spielraum, von einem permanenten Krieg zu sprechen. Während des Kalten Krieges war niemals von einem permanenten Krieg die Rede. Es ging um gewisse kriegerische Aktionen in Afrika oder Südostasien. Aber diese Idee eines permanenten Krieges beinhaltet zugleich die Unmöglichkeit, militärische Ausgaben einzusparen. Seit dem Zweiten Weltkrieg hatten wir keine solche Situation.

conturen: In diesen Kontext gehört schließlich auch die Vergabe von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben – und das heißt deren Finanzierung – durch Rüstungsunternehmen an Universitäten und Hochschulen...

Andrew Feinstein: In den Vereinigten Staaten gibt es eine lange Tradition, dass die Universitäten Finanzmittel erhalten, um Forschungen zur Waffenentwicklung durchzuführen. Ich floh Mitte der achtziger Jahre, zur Zeit der Apartheid, aus Südafrika. Denn ich war Mitglied des ANC und wollte nicht in der Apartheid-Armee dienen. Ich studierte an der Universität von Kalifornien Berkeley. Da gab es das riesiges Laboratorium, genannt Lawrence Berkeley National Laboratory. Später fand ich heraus, dass es das Forschungszentrum für das SDI-Programm der Reagan-Regierung war. Es führte die Forschungen durch zum Bau dieses hochkomplizierten Verteidigungsschirms, der verhindern sollte, dass Raketen die Vereinigten Staaten treffen können. Das Projekt kam

*Bushs „Krieg
gegen den
Terror“*

*Die Idee des
permanenten
Krieges*

*Reagans
SDI-Programm*

**Universitäten:
Waffenforschung**

über die Grundlagenforschung nicht hinaus. Aber es wurden hunderte Milliarden Dollar investiert, darunter in die Universität von Kalifornien. Mittlerweile nehmen mehr und mehr Universitäten solche Forschungsaufträge an, um die finanziellen Mittel zu erhalten, die sie zum Überleben brauchen. Da stellt sich nicht nur die moralische Frage, ob ein Lernort so etwas tun sollte, sondern es sagt auch etwas aus über die Kommerzialisierung der Universitäten.

conturen: Wie beurteilen Sie die Lage in Europa? Welchen Einfluss haben Rüstungsunternehmen in Frankreich oder Großbritannien?

**Großbritannien,
Frankreich,
Deutschland**

Andrew Feinstein: In jedem Land ist die Situation ein wenig anders. Aber gemeinsam ist beiden Ländern, dass die Rüstungsproduktion eine wesentliche Komponente ihrer Industrie ist. Großbritannien und Frankreich haben keinen großen Rüstungssektor wie zum Beispiel Deutschland. In Großbritannien etwa heißt es, dass das Rüstungsunternehmen BAE Systems alles ist, was der britischen Industrie seit der Ära Margaret Thatcher geblieben ist. Die Rüstungsunternehmen spielen daher eine wichtige Rolle und stehen in engem Kontakt zu den jeweiligen Regierungen. Es ist kein normales Verhältnis wie sonst zwischen dem Staat und einem Unternehmen. Da es um Themen der nationalen Sicherheit geht, werden viele Aspekte dieser Beziehungen geheim gehalten. So erfährt die Bevölkerung nie, was zwischen diesen Unternehmen und der Regierung ausgehandelt wird. Zum anderen erhalten diese Unternehmen Zugang zu aktuellen Sicherheitsinformationen. Sie haben Kontakt zu den jeweiligen Verteidigungsministerien und, was besonders wichtig ist, ein enges Verhältnis zu den Geheimdiensten ihrer Länder. Auch findet eine beinahe konstante personelle Rotation zwischen den Rüstungsunternehmen, dem Verteidigungsministerium, manchmal dem Außenministerium und den Geheimdiensten statt. In den Vereinigten Staaten bezeichnet man so etwas als Drehtür. Dadurch entsteht eine Beziehung des Vertrauens, in der die Beteiligten allmählich zu der Überzeugung gelangen, dass die Regeln und Gesetze ihrer Gesellschaft für sie nicht gelten.

conturen: Warum akzeptieren die Regierungen solche „rechtsfreien Räume“?

Andrew Feinstein: Das ist die Frage, die ich mir auch stelle. Wenn ein Unternehmen über viele Jahre wiederholt das Gesetz bricht

**„Drehtüre“
Ministerien -
Firmen**

und man lässt es weiterhin als Hersteller und Händler von Waffen agieren, dann zeigt das doch, dass es gar keinen politischen Willen gibt, die Korruption im Waffenhandel zu beenden. Die Regierungen dulden das Vorgehen der Rüstungsunternehmen und wenn es hinterher Ärger mit den Gerichten gibt, intervenieren sie und die Untersuchungen werden eingestellt. Auf diese Weise agieren diese Unternehmen außerhalb der Gesetze. Zugleich aber haben sie enormen Einfluss auf die Außenpolitik und die Wirtschaftspolitik. Sie beeinflussen die Art, wie mit Konflikten umgegangen wird. Seit dem Einmarsch in den Irak ist man viel schneller dazu bereit, in Konflikte militärisch einzugreifen.

conturen: In Frankreich gibt es eine geradezu symbiotische Beziehung zwischen den Rüstungsunternehmen und dem Staat. Eines der größten Rüstungsunternehmen Frankreichs befindet sich in Staatseigentum. Und es ist überall auf der Welt in Korruptionsskandale verwickelt.

In Großbritannien agiert die Regierung als Chefverkäufer für BAE Systems. In meinem Land, in Südafrika, war es Tony Blair, der als eine Art Agent für ein Rüstungsgeschäft fungierte. Dreimal kam er nach Südafrika. Auch die Königsfamilie setzte sich ein. Sie segelte mit ihrer Jacht nach Cape Town, wo sie wichtige südafrikanische Minister zum Dinner einlud. Es ging um den Verkauf von Kampfflugzeugen, von denen Vertreter der südafrikanischen Luftwaffe öffentlich erklärt hatten, dass sie sie nicht haben wollten, schon deshalb nicht, weil sie zweieinhalb Mal so teuer waren wie die italienischen Flugzeuge, die sie bevorzugten. Schließlich aber bekamen BAE Systems mit dem schwedischen Unternehmen Saab den Zuschlag. Der Hintergrund war, dass die beiden Unternehmen 115 Millionen Pfund Bestechungsgeld an südafrikanische Politiker und Beamte gezahlt hatten – nur für diesen einen Auftrag.

conturen: Deutschland widmen Sie in Ihrem Buch überraschenderweise nur wenig Raum, obwohl es an dritter Stelle der Rüstungsexporte steht...

Andrew Feinstein: Ich bin sehr besorgt über die Art, wie das Waffengeschäft in Deutschland vor sich geht und wie die deutsche Regierung und die deutsche Justiz sich dabei verhalten. Entsprechend schwierig ist es in Deutschland, Zugang zu Informationen zu erhalten. Ich habe mit Staatsanwälten und Untersuchungsrichtern in der ganzen Welt gearbeitet. Aber mit deutschen Staatsan-

Agieren außerhalb der Gesetze

Frankreich

Großbritannien

Südafrika: Bestechungsgelder

Besorgnis über Deutschland

wälten gestaltete sich die Zusammenarbeit sehr schwierig. Sie reagieren empfindlich auf alles, was mit den großen deutschen Firmen zu tun hat. Die Vollzugsorgane und die Regierung werden sehr von deutschen Rüstungsunternehmen unterstützt und das erlaubt denen, in einer Art Paralleluniversum zu agieren.

Fregattenbau

Als Mitglied des Parlaments in Südafrika hatte ich zwei Korruptionsfälle zu untersuchen, an denen deutsche Rüstungsunternehmen beteiligt waren. Der eine betraf die ThyssenKrupp AG. Die südafrikanische Regierung war dabei, einem spanischen Unternehmen den Auftrag zum Bau von Fregatten zu erteilen. Dann aber fuhr Thabo Mbeki, damals Vizepräsident von Südafrika, zu einem Staatsbesuch nach Deutschland. Als er zurückkam, wurde das Ausschreibungsverfahren erneut geöffnet und der Auftrag, der dem spanischen Unternehmen hätte erteilt werden sollen, ging an das Deutsche Fregattenkonsortium, dem unter anderem die ThyssenKrupp AG angehörte.

25 Mio Dollar Schmiergeld

Der Hintergrund war, dass das Konsortium sich bereit erklärt hatte, 25 Millionen Dollar Schmiergeld zu zahlen. Zwei Agenten leiteten das Geld durch Firmen in Libyen den südafrikanischen Nutznießern zu, darunter meine eigene politische Partei, der ANC, sowie der Leiter des Beschaffungswesens der südafrikanischen Streitkräfte „Chippy“ Shaik. Er erhielt eine Bestechung in Höhe von drei Millionen Dollar. Sein Bruder Shabir Shaik war Finanzberater von Jacob Zuma, der jetzt Präsident Südafrikas ist. Den dritten Bruder schickte Mbeki für kurze Zeit als Generalkonsul nach Hamburg. Denn das ist der Sitz des Deutschen Fregattenkonsortiums. „Chippy“ Shaik, der das Geschäft auf den Weg gebracht hatte, musste das Land verlassen, nachdem seine Bestechlichkeit bekannt wurde.

„Chippy“ Shaik

conturen: Und welche Folgen hatten Ihre Untersuchungen für die ThyssenKrupp AG?

Andrew Feinstein: Offensichtlich keine. Wir wiesen die Staatsanwälte in Deutschland auf die Vorgänge hin. Aber erst nachdem wir viel Druck gemacht hatten, wurde eine Untersuchung gegen die ThyssenKrupp AG eingeleitet, die sich allerdings auf die Bezahlung von Steuern beschränkte. Die ThyssenKrupp AG hatte für die 25 Millionen Dollar Steuerrückzahlungen verlangt. Am Ende einigte sich die ThyssenKrupp AG mit den Steuerbehörden in einem privaten Vertrag, den die Bevölkerung nie zu sehen bekam. Dass das Unternehmen Bestechungsgelder gezahlt hatte,

tauchte nirgendwo auf. Die Regierung und die Behörden hatten entschieden, das Unternehmen zu schützen.

Der zweite Fall, den ich untersuchte, betraf die Ferrostaal AG, die für einen südafrikanischen Auftrag zur Lieferung von Unterseebooten Schmiergelder gezahlt hatte. Ich nahm an, sie hätte 15 Millionen Dollar gezahlt. Aber dann gab die Ferrostaal AG selbst bei einer amerikanischen Anwaltskanzlei eine interne Studie zur Überprüfung ihres moralischen Standings in Auftrag und die kam zu dem Ergebnis, dass für den südafrikanischen Auftrag vierzig Millionen Dollar gezahlt worden waren. Weitere Untersuchungen gab es nicht, obwohl die Studie sogar in die Öffentlichkeit gelangte. Außerdem stellte die Studie fest, dass die Ferrostaal AG 1,18 Milliarden Euros fragwürdige Zahlungen geleistet hatte – mit anderen Worten Bestechungen – bei Geschäften in aller Welt, in Indonesien, Kolumbien, Argentinien, Venezuela, Südkorea, Griechenland, der Türkei, Italien, Ägypten, Portugal, Kroatien und Libyen. 336 Millionen Euros Bestechung wurden allein an Mohammad Gaddafi gezahlt.

Bei der Ferrostaal AG fanden Ermittlungen statt. In welchem Ausmaß, entzieht sich meiner Kenntnis. Jedenfalls musste die Ferrostaal AG eine Geldstrafe von 150 Millionen Euro bezahlen, was ein winziger Betrag ist im Vergleich zu den Gewinnern, die das Unternehmen gemacht hatte und wenn man bedenkt, dass sie über eine Milliarde Euro Bestechungen zahlten. Zwei Mitglieder der Geschäftsführung wurden der Bestechung für schuldig befunden. Sie zahlten eine Geldstrafe. Aber die Urteile wurden ausgesetzt. Keiner der beiden kam ins Gefängnis.

conturen: Zurzeit befindet sich die deutsche Bundeswehr in einer Phase der Verkleinerung. Zahlreiche Großwaffensysteme werden ausgemustert und verkauft. Dazu gehören zum Beispiel Patriot-Raketensysteme. Deutschland will überschüssige Waffen im Rahmen so genannter Regierungsgeschäfte möglichst gewinnbringend veräußern. An welche Ziele gelangen solche Waffen?

Andrew Feinstein: Die Patriot-Raketen, die vor wenigen Jahren ausgemustert wurden, hat eine Anzahl osteuropäischer Länder gekauft. Andere Länder machen Ähnliches. Sie kaufen Waffen und verkaufen überschüssige. Das ist keine ungewöhnliche Praxis und meist findet sie im Geheimen statt, sodass man nicht weiß, wo die Waffen hingehen. Bei den Patriot-Raketen fand man es erst Jahre später heraus. Und es war auch aufgrund der mit

*Lieferung von
U-Booten*

*336 Mio Euro
Bestechung an
Gaddafi*

*Verfahren mit
Geldstrafen*

*Ausgemusterte
Patriot-Raketen*

**Korrupte
Verkäufe an
Saudi-Arabien**

dem Verkauf verbundenen Korruption eine ziemliche Affäre. In den achtziger Jahren gab es in Deutschland einige berühmte Fälle. Da wurden Waffen, von denen es hieß, sie seien überschüssig, an Saudi-Arabien verkauft. Sie waren es nicht. Aber der Verkauf fand trotzdem statt, weil Saudi-Arabien so viel Geld dafür bezahlte. Der Handel verlief äußerst korrupt. Und Kanzler Kohls eigene Partei war in diese Korruption verwickelt.

**Waffen sollten
zerstört werden**

Es überrascht nicht, dass die Welt dermaßen von Konflikten geplagt wird, wenn die Regierungen der Waffen produzierenden Länder sich so verantwortungslos verhalten. Wäre es nicht verantwortungsvoller, die Waffen einfach zu zerstören, als zu kriegesischen Austragungen von Konflikten in anderen Regionen der Welt beizutragen? Ich kann solche Aktionen aus wirtschaftlicher Perspektive verstehen. Aber auf die Konflikte in anderen Teilen der Welt haben sie eine schreckliche Wirkung. Unsere Politiker scheinen jedoch nicht daran interessiert zu sein, Konflikte zu vermindern. Sie sehen es als wirtschaftlichen und politischen Vorteil an, dass die Welt so konfliktgeladen ist.

conturen: Durch eine Studie „Don't Bank on the Bomb“ wurde bekannt, dass auch deutsche Finanzinstitute Unternehmen bei der Herstellung und Modernisierung von nuklearen Waffen unterstützen. Weltweit soll es sich um mehr als 300 Finanzinstitute in dreißig Ländern handeln, die langfristige Investitionen in Unternehmen tätigen, die Atomwaffen produzieren...

Rolle der Banken

Andrew Feinstein: Die Banken sind ein wesentlicher Teil des Handels mit Waffen, wie sie auch bei anderen kriminellen Aktivitäten wie dem Drogenhandel oder dem Menschenhandel sowie bei der Finanzierung einiger der schlimmsten Diktatoren eine zentrale Rolle spielen. Sie verdienen eine riesige Menge Geld damit. Denn sie können erpresserische Gebühren dafür verlangen. Darüber hinaus leisten sie – wissentlich oder unwissentlich – Unterstützung beim Waschen des Geldes, das beim Waffenhandel unrechtmäßig erworben wurde.

conturen: Sie bezeichnen Afrika als einen der „fruchtbarsten Böden der Schattenwelt“. Sind die afrikanischen Konflikte und Kriege im Wesentlichen auf den Waffenhandel zurückzuführen?

**„Schattenwelt“
Afrika**

Andrew Feinstein: Afrika war die Bühne für den Kalten Krieg. Gesteuerte Konflikte wurden im Auftrag der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in Afrika ausgefochten. Ein Beispiel dafür

ist Angola. Das war einer der blutigsten Konflikte des letzten Jahrhunderts. Angetrieben vom Kalten Krieg, dauerte er jahrzehntelang. Ähnliches gilt für die Demokratische Republik Kongo oder Mozambique. Man könnte die Aufzählung afrikanischer Konflikte endlos fortsetzen. Und als der Kalte Krieg zu Ende war, und einige dieser Konflikte sich entspannten, waren die Waffen überall. Diese leichte Verfügbarkeit von Waffen militarisierte in der Folge die afrikanischen Konflikte. Sie verliefen blutiger und zogen sich in die Länge.

Im Augenblick haben wir diese außerordentliche Situation mit Libyen und Ägypten. Nato-Staaten, einschließlich Deutschland, haben seit 2003 Waffen im Wert von hunderten Millionen Dollar an Gaddafi verkauft. Dann beschlossen sie, die Rebellen gegen ihn zu unterstützen. Sie verkündeten sogar, wie erfreut sie seien, dass er gestürzt worden sei, wobei sie völlig ausblendeten, dass sie ihn bewaffnet hatten und er sich darum so lange an der Macht halten konnte. Die Ironie war, dass, als die Nato-Angriffe begannen, eine Menge Waffen zerstört werden mussten, die die Nato-Staaten selbst an Gaddafi geliefert hatten.

Sie hatten ihm so viele Kriegsgeräte geliefert, dass er gar nicht alle benutzen konnte. Diese Rüstungsgüter befanden sich in Lagerhäusern. Während der Aufstände wurden diese Lagerhäuser gestürmt und alle Arten von Rüstungsgütern, einschließlich Tragflächen für Raketen, gelangten auf die illegalen Waffenmärkte der Welt. Die Verantwortung dafür trugen die Nato-Staaten. Aber was taten sie? Ich weiß nicht, ob die deutsche Regierung beteiligt war, die britische war dabei. Sie schickten Delegationen nach Libyen, Ägypten, Tunesien, um weitere Waffen an diese Länder zu verkaufen. Die Regime, die sie jahrelang unterstützt hatten und denen sie Waffen verkauft hatten, wurden gestürzt – im Fall Gaddafis sogar mit ihrer Hilfe –, und sofort beginnen sie, Waffen an das nachfolgende Regime zu verkaufen, welches auch immer das sein mag.

conturen: Ein Land, das ebenfalls zu den größten Produzenten und Lieferanten von Waffen zählt, ist Israel. Es steht, wie Sie schreiben, „heute an der Spitze der Entwicklung von militärischer Hochtechnologie“ und ist ständig in Kriege verwickelt. Wie konnte es diesen exklusiven Status erreichen?

Andrew Feinstein: Als Jude und Sohn eines Holocaust-Überlebenden habe ich das Empfinden, dass Israel der Welt voranstehen

**Endlose blutige
Konflikte in
Afrika**

**Die NATO
bewaffnete
Mubarak, dann
stürzte sie ihn**

**Ungenutzte
Waffen in
Lagerhäusern...**

**Spitzenrolle
Israels**

**Enge Beziehung
Israel – USA**

sollte, wenn es um Moral geht. Tatsächlich geschieht das Gegenteil. Israel benützt das historische Leiden der Juden, um seine Aktionen zu rechtfertigen. Dass das Land eine solche Rüstungsindustrie aufbauen konnte, hängt mit seinen besonderen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zusammen. Es erhält die größte amerikanische Hilfe, die je ein Land bekommen hat – drei Milliarden Dollar pro Jahr. Ein großer Teil dieses Geldes wird für den Kauf von Waffen in den Vereinigten Staaten sowie für die Zusammenarbeit mit der amerikanischen Rüstungsindustrie verwendet. Jahrelang wurde vieles von dem, was amerikanische Rüstungsunternehmen an Forschung und Entwicklung konzipierten, in Israel durchgeführt. Auch hat Israel Unternehmen in den Vereinigten Staaten, die in enger Verbindung mit den dortigen amerikanischen Rüstungsunternehmen stehen. Diese Unternehmen können, was den Verkauf von Rüstungsgütern betrifft, handeln, wie kein Unternehmen in einem anderen Land es wagen würde.

Aufgrund der Tatsache, dass Israel seit der Staatsgründung bedroht wird, verfügt es über Kriegsschauplätze, auf denen es Waffen testen kann. Um den 11. September 2001 herum, als Israels Wirtschaft sich in Schwierigkeiten befand, traf die israelische Regierung die sehr bewusste Entscheidung, die heimischen Rüstungsprodukte unter dem Verweis darauf zu vermarkten, dass Israel seit Beginn seiner Existenz einen Krieg gegen den Terror führe und seine Produkte daher schlachtenerprobt seien. Auf der Pariser Luftfahrtschau zeigte ein israelisches Unternehmen, das führend in der Drohnen-Technik ist, auf einer Imax-Leinwand für ausgewählte Gäste einen Film, wie Drohnen Terror-Verdächtige identifizieren, ihnen in ein Dorf folgen – offensichtlich ein palästinensisches Dorf – und sie dann töten. Der Kommentar war, dass sie das immer so gemacht hätten und andere Länder von ihrem Know-how und Erfahrungen lernen könnten.

conturen: Tatsächlich liefert Israel Rüstungsgüter aller Art in alle Welt und an alle Regime...

Andrew Feinstein: Dass Israel ein so großer Mitakteur in dieser Industrie wurde, liegt auch an der bis vor etwa vier Jahren gültigen Regelung, nach der Mitglieder der israelischen Armee in den Ruhestand versetzt werden, sobald sie den Offiziersrang erreichen. Unmittelbar danach erhalten diese Offiziere die Lizenz zum Waffenhandel. Man kann sich denken, dass jemand, der sich von früher Jugend an nur in Militärkreisen bewegte, über keine ande-

**Führende Rolle
Israels in der
Drohrentechnik**

**Lizenz zum
Waffenhandel
für pensionierte
Offiziere**

re Lebenserfahrung verfügt und eine solche Möglichkeit bekommt, als erstes die Konfliktzonen der Welt ausfindig macht und dort die großen Waffengeschäfte tätigt, um für den Rest seines Lebens viel Geld zu haben. Israelische Waffenhändler tauchen überall in der Welt auf. Die israelischen Rüstungsunternehmen arbeiten eng mit ihnen zusammen, um sicherzustellen, dass diese israelische Rüstungsgüter verkaufen. Und sie verkaufen sie mit dem Argument, dass Israel eine erfolgreiche militärische Macht sei. Ich finde das sehr tragisch.

conturen: Könnte Israel eines Tages so stark werden, dass es die amerikanische Unterstützung nicht mehr braucht und Kriegsentscheidungen allein trifft?

Andrew Feinstein: Das ist vor allem im Hinblick auf den Iran gegenwärtig die große Frage. Wenn Israel den Iran angreift, ist es höchst unwahrscheinlich, dass die Vereinigten Staaten dies kritisieren würden, auch wenn Präsident Obama etwas Anderes sagt. Es ist schwierig zu entscheiden, wer hier wen hinter sich lässt. Die Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Staaten und auch die Art, wie Israel sich in die amerikanische Innenpolitik eingeschlichen hat, sind so, dass Israel bereits jetzt Entscheidungen ohne amerikanische Erlaubnis treffen kann. Es ist stark genug, sich ohne amerikanische Bevormundung zu verteidigen. Denn es verfügt über Atomwaffen. Das ist der große Elefant im Raum, wenn es um die amerikanisch-israelischen Beziehungen geht. Die Vereinigten Staaten haben niemals eingestanden, dass Israel Atomwaffen besitzt, obwohl sie wissen, dass es so ist. Ich weiß es gewiss, weil diese Waffen in Zusammenarbeit mit Südafrika zu Zeiten der Apartheid entwickelt wurden. So ist Israel sehr wohl in der Lage, sich allein zu verteidigen. Aber aufgrund der amerikanischen Innenpolitik kann ich nicht vorhersehen, wann Israel tatsächlich nicht mehr unter der Vormundschaft der Vereinigten Staaten stehen wird.

conturen: Inzwischen sind auch Russland und China in das Rüstungsgeschäft eingetreten. Inwieweit hat sich dadurch die Situation auf dem Weltmarkt von Rüstungsgütern verschärft?

Andrew Feinstein: Das Auftauchen von China und Russland als Mitspieler bringt ohne Zweifel Bewegung in den Waffenhandel. China ist vor allem in Afrika und einigen Teilen Asiens ein Mitspieler geworden, was auf die europäischen und amerikanischen Unternehmen Druck ausübt. Der Verkauf von Rüstungsgütern ist

*Die große Frage
Iran...*

*Israels
Atomwaffen*

*Auftauchen
Russlands und
Chinas*

**China hat keine
moralischen
Bedenken**

in China ein Teil der Außenpolitik und wenig mit moralischen Bedenken verbunden. China hat kein Problem, Robert Mugabe in Simbabwe mit Waffen zu beliefern. Kleine und leichte Waffen aus chinesischer Produktion kommen im Sudan, in der Demokratischen Republik Kongo und in Somalia zum Einsatz. Die chinesischen Waffen sind viel billiger als europäische oder amerikanische. Außerdem verschenkt China seine Waffen manchmal geradezu, um Aufträge für den Bau von Infrastruktur zu erhalten und in Ländern wie Angola oder Äquatorialguinea an der Ölindustrie beteiligt zu sein.

**Russland wurde
ein Konkurrent**

In Russland ist die Lage etwas anders. Unmittelbar nach dem Kalten Krieg war das Land kein ernstzunehmender Konkurrent. Die überschüssigen Waffen, die es hatte, tauchten auf dem Schwarzmarkt auf. Über Waffensysteme, die mit westlichen Waffen konkurrieren können, verfügte Russland damals nicht, heute schon. So ist Russland in gewissen Segmenten des Marktes für hochtechnologische Waffen ein Konkurrent. Und ähnlich wie China verkauft es seine Rüstungsgüter auch an Länder wie Syrien oder den Iran. Es gibt da ebenfalls keine moralischen Hürden.

conturen: Wohin steuert die Entwicklung auf dem Sektor der Rüstungsproduktion und des Rüstungshandels in der nächsten Zukunft? Es ist doch wohl kaum zu erwarten, dass das weitgehend unregulierte und unkontrollierte „globale Geschäft mit dem Tod“ in absehbarer Zeit ein Ende nehmen wird, ja dass es überhaupt irgendwann aufhören wird. Nach der Lektüre Ihres Buches scheint jedenfalls eine pessimistische Einschätzung geboten...

**Die Lage ist
düster**

Andrew Feinstein: Es ist keine erhebende Lektüre. Viele haben mir das schon gesagt. Und zum Teil ist es das, was ich erreichen möchte. Die Menschen sollen erfahren, wie schlecht die Lage ist. Ich sehe auch bei unseren Politikern keinen Willen, die Art und Weise zu ändern, wie der Waffenhandel vor sich geht. Dabei unterscheide ich nicht zwischen legalem und illegalem Handel. Denn ich glaube nicht, dass es Waffengeschäfte gibt, die ganz legal ablaufen. Die Rüstungsindustrie ist für vierzig Prozent aller Korruptionsfälle im gesamten Welthandel verantwortlich. Sogar bei den großen Geschäften, die direkt zwischen den Regierungen abgewickelt werden, ist Korruption im Spiel.

Was mir aber Hoffnung gibt, ist, dass wir gegenwärtig eine politische Erweckung erleben. Angeregt vom arabischen Frühling und von den verschiedenen Occupy-Bewegungen, praktizieren

die Bürger eine aktive Bürgerschaft. Sie erkennen die Macht, die sie als Bürger haben, wenden sich an ihre Politiker und fordern Veränderungen. Der Waffenhandel zerfrisst unsere Demokratien, er unterminiert die Regeln und Gesetze, macht die Welt korrupter, verschärft die weltweiten Konflikte und richtet wirtschaftlichen Schaden an. Er wird von unseren Regierungen im Namen von uns Bürgern durchgeführt. Wir finanzieren diesen Handel mit unseren Steuergeldern. Daher können wir als Bürger ein Ende dieses Handels verlangen.

***Der Waffenhandel
unterminiert die
Demokratie***

***Hoffnung auf
die Bürger***

Impressum: Conturen der Zeit. Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: TrendConsult – Verein für Kommunikation über Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Chefredakteur: Mag. Dr. Theodor Faulhaber (verantwortl.). Alle (Postadresse) sowie **Bestellungen an A-3051 St. Christophen, Ludmerfeld 37, Telefon/Fax: +43 / (0)2772 51275. E-Mail: office@trendconsult.at; Homepage: www.conturen.net.** Layout: Ernst Meyer, Wien; Studio Enöckl, Wien. Druck und Bindung: Alwa & Deil GmbH, A-1140 Wien, Sturzgasse 1a, Tel. + 43/(0)1/9825880. **Ladenpreis Einzelnummer: 9 Euro (11 SFr). Abonnement: € 30 (A, D), 36 SFr, außerhalb Österreichs zzgl. Porto und Verpackung.** Erscheinungsort (Verlagspostamt): 3040 Neulengbach, Österreich. Inseratenpreise: www.conturen.net. Erscheinungsweise: viermal jährlich. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.